



# ORIENTIERUNG

Nr. 6 54. Jahrgang Zürich, 31. März 1990

**W**ER AN DIE WELTVERSAMMLUNG für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung nach Seoul kam, mußte – falls er/sie die Basler Versammlung miterlebt hatte – feststellen, daß Seoul nicht Basel ist. Zwar gab es auf dem Flughafen Begrüßungsdelegationen der lokalen Organisatoren, die eine gastfreundliche Stimmung aufkommen ließen. Bei der Paßkontrolle setzten die JPIC-Beamten (englische Abkürzung für Justice, Peace and Integrity of Creation) auf die Einreisekarte, um den Zweck des Aufenthaltes zu bezeichnen. So gelangte man schnell in die Taxis und wurde vorerst von dieser gigantischen Hauptstadt Koreas verschluckt. Seoul hat heute rund zehn Millionen Einwohner, ein Viertel der Bevölkerung der Republik Korea. Ein dichter Autoverkehr wälzt sich mühsam durch die Straßen. Man sieht viele Menschen mit weißen Gesichtsmasken. Offensichtlich ist die Luft stark vergiftet. Über die Stadt verstreut stehen Gruppen von Wolkenkratzern, vor lauter Zentren hat man das Gefühl, es gäbe überhaupt kein Zentrum. Wo man hinschaut, schießen diese stählernen und gläsernen Zeugen emsiger, ja hektischer Geschäftigkeit einer rapiden

## Seoul 5.–12. März 1990

Industrialisierung wie Pilze aus dem Boden. Man ahmt hier die ehemaligen Besitzer, die Japaner, nach und will sie wohl überholen. Gespenstisch und unwirtlich – nicht nur wegen der Kommunikationsschwierigkeit mit den Einheimischen – wirkt diese Stadt, die in ihrem Erscheinungsbild so sehr auf Profit und so wenig auf den Menschen ausgerichtet zu sein scheint.

Tatsächlich lebt ein Drittel dieser Stadtbevölkerung in Slums. Sie sind ständig im Visier der Stadtentwickler, die sie aus ihren armseligen Hütten vertreiben, um so neuen Wohnraum zu schaffen, allerdings für andere, die ihn bezahlen können. Die gesamte Stadtplanung ist nicht auf Wohnprojekte für Arme angelegt, sondern auf Profit, kostet doch der Quadratmeter Land im Durchschnitt bereits 412 US-Dollar. Wer kann in einem Niedriglohnland solche Preise bezahlen? In einem Land, wo die Arbeitnehmer/-innen im informellen Erwerbsektor und die Arbeitslosen bis jetzt keine reguläre soziale Versicherung kennen. Strahlend schön soll die Stadt sein und noch werden, das scheint eine weitere Devise der Stadtentwickler zu sein. So wurden auf dem Gelände der Olympischen Spiele 1988 die ärmlichen Hütten ersatzlos niedergehauen, um Raum zu schaffen für den Glanz Seouls vor aller Welt. Kein Wunder, daß die ärmeren Menschen von dort die Olympischen Spiele als eine gegen sie gerichtete Veranstaltung betrachteten, weil sie ihr Überleben bedroht haben und durch die Fortsetzung derselben Politik noch bedrohen. Wieviel Tränen haben wohl damals den Boden getränkt, auf dem vom 5. bis 12. März 1990 die Weltversammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung (GFS) stattgefunden hat. Man spürte sehr bald, daß sich wohl keiner und keine der Delegierten vom Glanz täuschen ließen. Über die Tränen mußte man sich schon informieren lassen, denn das äußere Stadtbild läßt sich durch gesetzliche Maßnahmen – wie etwa gegen die kleinen Straßenverkäufer/-innen – sauber halten. Sehr bald wurde man in Nebenprogrammen zur offiziellen Versammlung über die Menschenrechtsfrage in Korea aufgeklärt. Auf der einen Seite bestehen immer noch – hauptsächlich wegen der Spaltung des Landes in Nord und Süd – äußerst unmenschliche Gesetze der Nationalen Sicherheit, die jeden Kontakt mit dem Norden und jede positive Äußerung über den Norden verbieten und überdies von Dritten unter Strafe Denunziation verlangen. Es gibt ungefähr 1000 politische Gefangene. Auf der andern Seite besteht heute noch ein Arbeitsrecht, das u. a. Arbeitskonflikte zu unterdrücken erlaubt und Einmischung von Dritten unter Strafe stellt. Der Nationale Kirchenrat verfügt dort über ein Menschenrechtskomitee, das sich für die Gefangenen einsetzt und für Gesetzesreformen eintritt.

### KONZILIARER PROZESS

**Gerechtigkeit als Grundforderung:** Zur Weltversammlung «Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung» – Südkorea, ein asiatisches Schwellenland – Seoul im Modernisierungsprozeß – Vertreibung der Habe-nichtse aus der Stadt – Politische Repression und mangelnde Sozialgesetzgebung – Weltversammlung: ein lebendiger und problembewußter Prozeß der Kommunikation – Doktrinäre Ausweichmanöver der offiziellen katholischen Delegation – Wenn man der eigenen Basis nichts zutraut – Frauenforum im Vorfeld der Konferenz – Suche nach einer Sprache in dramatischer Form – Klares Nein gegen eine herrschaftliche Sprache – Was machen Theologen mit himmelschreienden Geschichten? – Wenn das Leiden stumm bleibt – Auch der Kapitalismus steckt in der Krise – Arbeit am Abschlußdokument und an einer Botschaft – Vier Bundesschlüsse – Gerechtigkeit als Grundforderung – Das Votum von Pfarrer Frank Chikane – Die Überlebensfragen der Menschheit verpflichten alle.

Karl Weber

### VIETNAM

**Für Flüchtlinge in Hongkong – kein Ausweg?:** Wie weit geht in Vietnam die Perestrojka? – Ein Bericht von *Amnesty International* – Das Schicksal der Boat People in Hongkong – Seit 1987 steigen die Zahlen der Flüchtlinge – Wer ist ein Flüchtling? – Selektionen durch ein rigides Überprüfungsverfahren – Menschenverachtende Lebensbedingungen in den «detention centers» – Artikel 85–87 im Strafgesetz Vietnams gegen «illegale» Ausreisen – Zwei Optionen für eine neue Politik gegenüber Vietnam – Wirtschaftshilfe, Projektförderung und politischer Dialog mit der sozialistischen Regierung – Blockierungen durch die US-Administration – Das Schicksal von Nguyen Dung (vgl. Kasten).

Rupert Neudeck, Troisdorf b. Köln

### LITERATUR

**Zehn Jahre literarische Opposition in Polen (2):** Subtile Wirkungen der Zensur – 1977: Veröffentlichung des Schwarzbuches der Zensur der VR Polen – Wenn die Sprache der Opfer und Henker sich angleicht – Die Entstehung der «Untergrund»-Verlage – Trotz Kriegsrecht schrittweiser Wandel gegenüber den Emigrationsautoren – Literarkritische Untersuchungen zur Nationalliteratur – «Neue Unübersichtlichkeit» durch Verfall der Machtstrukturen der Partei – Wenn die Gesetze des Marktes sich auswirken – Literaturpolitische Vorschläge von C. Mitosz – Anschluß an eine internationale Diskussion der Stile und literarischen Verfahren.

Wolfgang Schlott, Bremen

In der Republik Korea sind zwanzig Prozent der Bevölkerung protestantische und fünf Prozent katholische Christen. In seinem Grußwort hat der katholische Erzbischof von Seoul, Kardinal *Stephen Kim*, ein stärkeres gemeinsames Bemühen der vielen Kirchen für Gerechtigkeit und Frieden gewünscht. Und mir sagte der Kardinal: Gerade wegen der wachsenden Zahl der Gläubigen herrsche in den Kirchen die Tendenz, nur an sich zu denken. In Korea sei deswegen der Ökumenismus schwach. Wenn man dazu bedenkt, daß Korea diesseits und jenseits des 38. Breitengrades die am stärksten aufgerüstete Region der Welt ist, dann ist Seoul wohl ein sehr getreues Abbild der bedrohten Heimat der Menschheit.

### **Korea als Mikrokosmos für globale Krisensituation**

In dieser 10-Millionen-Stadt wirkt eine Weltversammlung von 403 Delegierten und rund 630 weiteren Personen, die als Berater, Gäste, Stabsleute, Helfer und Journalisten angereist sind, wie ein verlorenes Häufchen. Und wenn sie hergekommen sind, um ein prophetisches Wort zu wagen, dann müssen sie wohl auch etwas vom Prophetenschicksal in Kauf nehmen. Die breite Bevölkerung hat von ihnen kaum Notiz genommen. Man hatte das Gefühl, diese Versammlung sei in Seoul nie zum Tagesgespräch geworden. Das Bekehrungswunder von Ninive wiederholte sich hier offensichtlich nicht. Es muß also weiterhin Buße gepredigt werden, nicht nur in Seoul, sondern überall auf unserem Planeten. Ein amerikanischer Journalist hat mich gefragt: «Kommt JPIC (GFS) nicht viel zu spät?» Nach längerer Diskussion kamen wir überein, daß man sich vor hagiographischen und kirchengeschichtlichen Erfolgsgeschichten hüten müsse, sie seien meistens verlogen. Die Versammlung von Seoul jedenfalls machte uns klar, daß wir uns weiterhin zwischen Sinfliut und Regenbogen befinden. Von Erfolg im Sinne neuer Hoffnung läßt sich manches erzählen. Vor allem von der mühsamen und doch aufrichtigen Suche nach einer neuen Sprache gegenseitiger Verständigung, die sich nicht in doktrinaire und elitäre Floskeln verhaspelt, bevor das Gespräch der Beteiligten überhaupt begonnen hat. Dieser freie und lebendige Kommunikationsvorgang war die positive Erfahrung von Seoul. Natürlich war das zu beratende Dokument, das alle im 2. Entwurf bereits in Händen hatten, stets auch Gegenstand des Gesprächs. Man klopfte es nach Hohlstellen ab und prüfte es nach Schlagseiten. Den einen war es zu sehr aus der Sicht des Nordens verfaßt, den andern war es theologisch nicht auf der Höhe.

### **Katholische Kirche stößt sich an Bundesschlüssen**

An einer Pressekonferenz kritisierte der französische Theologe *René-Jean-Henri Coste* die Bundestheologie des Dokumentes, um die offizielle Abstinenz der katholischen Kirche zu erklären. Die Fragen von GFS sollten nicht auf der Basis von Bundesschlüssen behandelt werden, solche Versammlungen würden Gefahr laufen, zu politischen Zwecken mißbraucht zu werden, «auch wenn der Einfluß auf die Politik wünschenswert» sei. Ob nicht eine fixierte und sehr klerikalisierte Ekklesiologie der Hauptgrund für das Unbehagen Roms mit dem Bundesgedanken war, mußte man sich zumindest fragen. Beim Katholikentreffen am Rande der Versammlung hat der Leiter der offiziellen vatikanischen Beraterdelegation, Bischof *Basil Meeking*, eindeutig zu verstehen gegeben, zuerst müsse der Begriff «Bund» theologisch geklärt sein, bevor man sich auf so etwas einlasse. Andere Kirchen hätten diesbezüglich ähnliche Vorbehalte. So plausibel dies zunächst tönt, bleibt doch die Frage, ob nicht im Vorgang gemeinsamer Erfahrung selbst – in diskursiver Weise – eine gemeinsame theologische Reflexion und damit Klärung dessen, was man in einem Bundesschluß unternommen hat, geschehen könnte. Wo ist der Teich, wo alle ökumenisch schwimmen lernen können? Die meisten der rund hundert anwesenden Katholiken sind in ihren lokalen Kirchen und Basisorganisationen für GFS ökume-

nisch engagierte Christen, die eine theologische Abrüstung bei Beibehaltung eigener Identität für möglich halten und seit einiger Zeit praktizieren. Bei solchen und ähnlichen Vorgängen gilt es, den bekannten ersten Schritt zu tun, ansonsten nichts geschieht. So begegnete man Katholiken aus Münster (Westfalen), die GFS in ihrer Diözese fördern. Die meisten europäischen katholischen Gäste waren geprägt von der Basler Erfahrung. Ganze Gruppen kamen aus Basel selbst, aus Italien, aus der Bundesrepublik und Österreich. Ein besonderes Bild boten die Ordensschwester aus verschiedensten Regionen der Welt, die sich mehrheitlich für die Armen einsetzen und keine Berührungängste haben. Sie alle wollten in einem Gruß- und Dankeswort an die Versammlung ihre eigene Verpflichtung für GFS zum Ausdruck bringen. Es war eher peinlich, wie wenig man ihnen vom bischöflichen Leiter zutraute, bis schließlich nach drei Meetings ein bescheidener Beitrag der anwesenden Katholiken – jener «Wolke von Zeugen» (Emilio Castro) – feierlich verlesen werden konnte.

### **Ein klares Nein gegen eine herrschaftliche Sprache**

Vorgängig fand ein Frauenforum statt, das offensichtlich auf die Sprachregelung in der Versammlung recht heilsam wirkte. An einer Abendversammlung, an der Berichte aus regionalen oder themenorientierten Vorversammlungen eingebracht wurden, wich das Frauenforum dezidiert vom üblichen Rapportstil ab und bot seine gesammelten Erfahrungen in dramatischer Form, allerdings begleitet von klar formulierten und von *Elisabeth Raiser* vorgetragenen Postulaten, die in ihrer analytischen Schärfe – insbesondere bezüglich der Sprache des Dokumentes – den andern Berichten keineswegs nachstanden. Diese dramatische Form war aus der Arbeit im Forum selbst entstanden, wo über Frauen nicht im allgemeinen und nicht wie über Objekte verhandelt wurde, sondern wo es darum ging, Frauen mit unterschiedlicher sprachlicher und kultureller Tradition als Subjekte buchstäblich ins Spiel treten zu lassen. «Spieleiterin» im Hintergrund war *Reinhild Traitler*. Dem Auftritt dieser Frauengruppe ist es hauptsächlich zu verdanken, daß das Problem der Sprache ins allgemeine Bewußtsein gerückt wurde. Fortan hatten die Voten in abstrakter Sprache einen harten Stand. Selbst der Franziskanerpater *Jorge Peixote*, der in einer Expertenrunde zur Schuldenfrage zu sprechen hatte, wurde gebeten, er möchte konkreter werden. Die Kritik richtete sich nicht so sehr gegen die Unverständlichkeit als gegen den Mangel an Aussagekraft, weil der Erfahrungsbezug nicht mehr spürbar war.

Ein US-Indianer beklagte den Jargon über soziale Gerechtigkeit, den man in kirchlichen Kreisen seit Jahrzehnten immer wieder gebraucht habe. Das Dokument müsse auf die Sprache hin geprüft werden, damit das, was die Betroffenen zu sagen haben, auch tatsächlich in der Aussage des Dokumentes zum Tragen komme, mit dem üblichen Jargon könnten seine Leute nicht mithalten. Ein ähnliches, nur etwas mehr auf die Rezeptionsproblematik ausgerichteteres Votum gab *Carl Friedrich von Weizsäcker*; auch er wünschte sich eine Sprache, die von einem breiteren Publikum verstanden werden könnte. An den Hearings und Podiumsdiskussionen, die in Seoul zwar weniger zahlreich waren als in Basel, konnte man sich überzeugen, daß hier nicht einem billigen Populismus gehuldigt wurde, sondern daß das Expertenwissen durchaus seinen Bonus behielt und daß auch Theologie weiterhin gefragt würde, allerdings nicht in der doktrinären Pose aus dem Elfenbeinturm, sondern auf ihrer mühsamen Wahrheitssuche in den Niederungen des menschlichen Dramas, das man Geschichte nennt. Damit muß sie auch fähig und bereit sein, auf Geschichten einzugehen. Die narrativen Beiträge, in denen himmelschreiende Ungerechtigkeiten erzählt wurden, gehörten zu den Höhepunkten der Weltversammlung. Was machen Theologen mit himmelschreienden Geschichten?

## Berichte in der ersten Person Singular und Plural

Vor allem die Ich- und Wir-Form gaben diesen erzählenden Beiträgen eine eigene kommunikative Qualität, der man sich nicht entziehen konnte. «Noch heute müssen wir Aborigines darum kämpfen, daß endlich die Wahrheit ans Licht kommt», sagte *Anna Pattel-Gray*, selbst eine australische Ureinwohnerin, «die Wahrheit über unser Land, über unsere Kultur, unsere heiligen Stätten und unsere Menschenrechte.» Die Weltversammlung hat hier tatsächlich ein Forum für Zeugenauftritte geboten. Schonungslose Worte ertönten da plötzlich im Raum, wie die Australierin die Geschichte ihres Volkes resümiert, wie ihre Ahnen 40 000 Jahre in Harmonie gelebt hätten, ehe 1788 die Invasion des weißen Mannes die Überlebenskrise ihres Volkes auslöste: «Der weiße Mann brachte böse und gefährliche Dinge mit: Pocken, Gifte, Masern, Geschlechtskrankheiten, Kugeln und Schießpulver. Das waren Dinge, gegen die die einheimische Medizin nichts ausrichten konnte. Bald begannen die Aborigines, sich mit Waffen gegen die Weißen zur Wehr zu setzen, denn sie hatten eingesehen, daß sie nur überleben konnten, wenn sie kämpfen würden. Über 600 000 Menschen meines Volkes sind umgekommen. Ihre Wasserstellen waren vergiftet. Sie wurden überfallen und zu Hunderten erschossen. Ganze Stämme sind durch die Pocken umgekommen. Frauen und Kinder wurden vergewaltigt und sexuell mißbraucht. Männern wurden die Geschlechtsteile abgeschnitten. Säuglinge wurden bis zu den Schultern in den Sand eingegraben, und dann wurden ihnen die Köpfe abgeschlagen.» Hart ins Gericht geht sie mit den Weißen wegen der Verstümmelung von Gottes Schöpfung, wegen der Habgier, die die Bodenschätze – Gold, Kohle und Uranium – ausbeutete, «unsere Mutter Erde mißbrauchte, vergewaltigte und tödlich verletzte». Die Ureinwohner seien zu Sklaven der Weißen gemacht worden. Die Kirche sei Komplizin des Völkermordes gewesen, indem sie u. a. Aborigines-Kinder, die von den Müttern weggenommen worden waren, auf Missionsstationen bringen ließ, um sie dort zu «Weißen zweiter Klasse» zu machen, damit sie den Weißen dienten. Ein Opfer solcher Kindesentführung durch einen Missionar stehe heute vor Gericht im US-Staat Florida, wo ihm wegen Mordes die Todesstrafe drohe. Es handelt sich um den Fall *Russel Moore* alias *James Savage*. «Wenn er für sein Verbrechen bestraft wird, wer wird dann für das Unrecht bestraft, das ihm in den 26 Jahren seines Lebens zugefügt worden ist?» Wie eine Anklägerin vor dem Weltgericht sagt sie: «Die Zeit ist gekommen, da die Menschheit den Preis zahlen muß für all das Unrecht, das sie Gottes Schöpfung angetan hat.» So artikulierte sich himmelschreiendes Unrecht zu einer Anklage.

C. F. von Weizsäcker hat etwas später in einem Votum gesagt, nach seinem Verständnis könne man nur sich selbst Sünde zuschreiben, nicht anderen. Er wollte wohl davor warnen, mit Schuldzuweisung die eigene Position stärken zu wollen. Wie soll aber der Schrei des Volkes in eine artikulierte Sprache verwandelt werden? Die Ich- und Wir-Form des Erzählens bringen da eine direkte Konfrontation in eine Versammlung, die heilsam ist, weil sie das Gewissen anklagt.

*Felix Sugirtharaj*, ein Theologe und Dalit aus Indien, erzählte, wie die Kastenlosen nur barfuß, nicht mit Schuhen die Straßen der reichen Quartiere betreten dürfen. Er sei erst jüngst Zeuge einer Prügelstrafe an einem Unberührbaren für dieses Delikt geworden, wobei ausgerechnet sein ehemaliger Lehrer, der auch Augenzeuge war, ihm nochmals beibringen wollte, die Strafe sei in Ordnung. Noch heute, 43 Jahre nach der Unabhängigkeit, würden unberührbare Frauen, Männer und sogar Kinder mißbraucht. Tausende von Dalits seien Mitglieder der Dalit-Befreiungsbewegung, manche seien wegen politischer Tätigkeit ins Gefängnis gebracht und niedergeschossen worden. «Wir glauben, eines Tages werden wir Erfolg haben, weil Gott mit uns ist», schloß er.

«Manchmal ist das Leiden stumm», darum lieh die japanische Schwester *Naoko Iyori* ihre eigene Stimme und erzählte in Ich-Form die Geschichte einer philippinischen Frau, die sie bei der Betreuung von Prostituierten in Japan als typisches Frauenschicksal kennengelernt hatte: «Mein Name? Ich habe viele Namen in meinem Leben gehabt. Mein augenblicklicher Name ist AIDS»; so erzählt sie, wie die Philippinerin mit den üblichen Tricks ins Prostitutionsgeschäft nach Japan verfrachtet wird. Ihre Namen wechseln: Baby hieß sie zu Hause, dann wurde sie Mami, dann Prostituierte, heute heißt sie AIDS, denn nach der «Berufskarriere» in Japan reicht's nach der tristen Rückkehr auf die Philippinen gerade noch für die US-Soldaten. «Die Marine deckt diese Geschäfte gemeinsam mit den Politikern.» Kein Schutz von seiten der Aquino-Regierung.

Ein Zeugnis aus der Nähe menschlichen Elends brachte *Jim Wallis*, Pastor und Gründer der Sojourners Community in Washington D. C., der im Stadtviertel Columbia Heights wohnt, im «anderen» Washington also, nicht in jenem «offiziellen» Washington mit seinem Marmor, seinen Denkmälern und Prachtstraßen. «Von einem Tag auf den andern machte Washington in den USA und weltweit Schlagzeilen – keineswegs als Machtzentrum, sondern als «Mordhauptstadt» der Nation. Die Kameras, die das «andere» Washington geflissentlich übersehen hatten, konzentrierten sich nun auf die von Drogen und Waffen überschwemmten Stadtviertel», sagte Wallis. Laut Polizeipräsidium sei Columbia Heights das Mordzentrum der Mordhauptstadt. Die Morde «näheren sich unseren Wohnungen». Einer der Anwohner habe kürzlich gefragt: «Was bedeutet es eigentlich, im mörderischsten Viertel der mörderischsten Stadt des mörderischsten Landes der Welt zu leben?» Mahnend hob er hervor, daß Washington zu einem Gleichnis für die Welt geworden sei: «Die Krise der Hauptstadt des reichsten und mächtigsten Landes der Welt ist ein Abbild der Krise, die der ganzen Erde bevorsteht.» Er warnte die Politiker, aus den Ereignissen im Ostblock falsche Schlüsse zu ziehen, und meinte: «Die Geschichte wird auch den Westen überrollen. Das ist nur eine Frage der Zeit. Auch hier versagt das System ... In unseren Stadtzentren herrscht Krieg, und dieser Krieg ist das erste Anzeichen dafür, daß die Weltwirtschaft zusammenbricht.»

Eine 25jährige Biologiestudentin aus der DDR, *Birgit Dibbert*, schilderte in einer Morgenandacht, wie es einem zumute ist, wenn eine Mauer fällt («How does it feel, when a wall breaks down?»): «Wir sind erlöst von beengenden Mauern und einer alles beherrschenden Ideologie, und das macht uns froh. Doch wie wird es weitergehen?» Die einen wünschten sich ein freies Marktsystem nach westlichem Muster, die anderen lehnten ein solches wegen seines Mangels an Mitmenschlichkeit ab und möchten am liebsten etwas Neues schaffen, meinte sie und fügte wörtlich hinzu: «Es gibt für uns viel mehr Fragen als Antworten.»

All diese und noch weitere Zeugnisse wurden thematisch auch in den Gottesdiensten berücksichtigt. Besonders eindrücklich war der Gottesdienst im Anschluß an die Leidenszeugnisse, in dem *Reinhild Traitler* und *Edicio de la Torre* in Dialogform über Leiden und Widerstand meditierten. Traitler sagte: «Solidarität bedeutet, daß ich bereit bin, mich selbst verwundbar zu machen ...» De la Torre dagegen gab zu bedenken, «daß wir trotz Schmerzen, Leiden und unverminderter Hoffnungslosigkeit» der Armen «zutiefst noch Hoffnung verspüren, weil wir die Mehrheit sind».

Die Weltversammlung bekam deutlich die Gestalt einer großen Bußfeier. Schon im Eröffnungsgottesdienst hatte *Marga Bührig*, Präsidentin des OeRK und Moderatorin in der Weltversammlung, zum «Widerstand für das Leben» aufgerufen. «Ungerechtigkeit gegen Menschen, Vergewaltigung der Natur und Friedlosigkeit» würden einander bedingen. Gleichsam als Eingeständnis von Schuld, das in verschiedenen Formen im

Verlauf der Versammlung mehrmals wiederholt wurde, sagte sie: «Ich finde es tragisch, daß ausgerechnet die christliche Tradition, die den Menschen so hoch über die übrige Schöpfung erhoben hat, wesentlich zur Zerstörung der Schöpfung beigetragen hat.»

### Vom Kontext zum Text

Der von Anfang an vorliegende 2. Entwurf des Dokuments wurde zuerst in den Arbeitsgruppen und dann im Plenum durchberaten. Er enthält drei Teile, die den drei Schritten im Vorgang der Versammlung entsprechen. Der erste Teil, der eigentlich als vorgegebene Hintergrundinformation bloß hätte zur Kenntnis genommen, nicht aber verändert werden sollen, wurde plötzlich zum Gegenstand heftigster Diskussionen. Die konkrete Sprache dieser Situationsanalyse verleitete manche Delegierte, weitere konkrete Fallbeispiele zu erwähnen. Kritisiert wurde die einseitig nördliche Betrachtungsweise. Die theologische Vorgabe zum Bundesgedanken wurde ausgiebig erörtert. Zur Erklärung, was ein Bundesschluß sei, gab man den Presseleuten u. a. einen Auszug aus der Arbeitshilfe des Deutschen Evangelischen Kirchentags mit folgendem Zitat von Propst *Heino Falcke*: «In diesem konziliaren Prozeß müßte sich die Erkenntnis ausbreiten und in vielen Begegnungserfahrungen vertiefen, daß die Glieder an dem einen Leib Christi einander unmöglich töten und vernichten können und daß der Gegensatz von Überfluß und Hunger in der eucharistischen Gemeinschaft unvereinbar ist. Die Christenheit müßte von dem Bewußtsein durchdrungen werden, daß die erste Loyalität des Christen dem universalen Leib Christi und der einen Menschheit gehört, und nicht partikularen polit-ökonomischen Interessen.

Wenn die Schalom-Versammlung (so nennt Falcke das «Konzil») der Christenheit erklärt, uns ist es unmöglich, gegeneinander Kriege zu führen und einander das tägliche Brot zu verweigern, so würde sie nur die Wahrheit aussprechen, deren Leib sie selbst ist.»

Das Ja zum Bund führt in einem weiteren Schritt zu zehn Affirmationen, die den zweiten Teil des Dokuments ausmachen. Darin werden bekennende Aussagen hinsichtlich dieser Überlebensprobleme gemacht, und zwar bekennend sowohl im Sinne von Schuldeingeständnis als auch im Sinne des Sich-Einlassens auf die Wirklichkeit der Herrschaft Gottes. So wird u. a. bekräftigt, daß alle Ausübung der Macht vor Gott verantwortet werden muß, daß Gott auf der Seite der Armen steht, daß alle Rassen und Völker ebenbürtig sind, daß Mann und Frau nach dem Bilde Gottes geschaffen sind, daß Gott die Schöpfung liebt, daß die Menschenrechte ein Geschenk Gottes sind usw.

Auch dieser zweite Teil wurde lebhaft diskutiert. Ein Antrag zu einem verkürzten Verfahren beim Beraten und Abstimmen wurde zugunsten der Redefreiheit abgelehnt. Die Kritik am Papier war im großen und ganzen konstruktiv. Da wurde auf der einen Seite gefordert, man solle die Dinge beim Namen nennen, z. B. in einem bestimmten Zusammenhang nicht einfach bloß Lüge sagen, wenn damit im Grunde Sexismus, Rassismus, Chauvinismus, religiöse Intoleranz und Gewalt gemeint seien. Auf der andern Seite gab es die Tendenz, den schwierigen Entscheidungssituationen nicht vorzugreifen, etwa bei Fragen der Gewaltlosigkeit, der man als Christ zwar nachleben soll, die man jedoch anderen nicht dekretieren kann, bevor man deren Situation genauestens kenne. Da lauerten in Nuancen von Sätzen und Satzteilen eine Menge von Konflikten.

Im dritten Teil wurden die eigentlichen Bundesschlüsse formuliert, worin zum Ausdruck kommt, wofür sich die Delegierten am Schluß der Versammlung feierlich verpflichten:

*Erstens* für eine gerechte Wirtschaftsordnung auf Orts-, Landes-, regionaler und internationaler Ebene für alle Menschen,

und für die Befreiung von der Last der Auslandsschulden, die das Leben von Hunderten Millionen Menschen beeinträchtigen.

*Zweitens* für eine wirkliche Sicherheit aller Staaten und Völker, für die Entmilitarisierung der internationalen Beziehungen, gegen Militarisierung, gegen Doktrinen und Systeme der nationalen Sicherheit, für eine Kultur der Gewaltlosigkeit als der Kraft, die zu Veränderung und Befreiung führt.

*Drittens* für die Erhaltung der Erdatmosphäre und die Überlebensfähigkeit der Welt, für die Bekämpfung der Ursachen des «Treibhauseffekts», der das klimatische Gleichgewicht der Erde zu zerstören droht, für die Entwicklung einer Kultur, die es erlaubt, in Harmonie mit der ganzen Schöpfung zu leben.

*Viertens* für die Ausrottung von Rassismus und Diskriminierung von Menschen auf nationalen und internationalen Ebenen, für das Niederreißen von Mauern, die Menschen wegen ihrer ethnischen Zugehörigkeit trennen, für die Abschaffung von wirtschaftlichen, politischen und sozialen Verhaltensmustern, die sich erhalten und den einzelnen erlauben, bewußt und unbewußt immer wieder in die Sünde des Rassismus zurückzufallen.

Die Zeit zur Diskussion wurde immer knapper und knapper. Der Redaktionsausschuß mußte eine Fülle von Korrekturvorschlägen entgegennehmen. Im Mai wird er voraussichtlich zusammenkommen, um dem Dokument und der Botschaft den letzten Schliff zu geben.

### Zentrale Bedeutung der Gerechtigkeit

Die Verbindung von Gerechtigkeit und Frieden in ein einziges Thema hat in der ökumenischen Bewegung eine jahrzehntelange Tradition. Seit Vancouver (1983) kommt nun auch die Bewahrung der Schöpfung dazu, so daß fortan eine dreifache Thematik formuliert wird. Worauf wird der Akzent gelegt? Bei dieser Frage zeigten sich erhebliche Unterschiede mit regionalem Charakter. So erschien manchen Delegierten aus der Dritten Welt die Konzentration auf die Bewahrung der Schöpfung wie ein Ausweichmanöver vor den Problemen von Frieden und Gerechtigkeit, unter denen sie konkret sehr zu leiden haben.

Der südafrikanische Pfarrer *Frank Chikane* gab in seinem Grundsatzreferat ziemlich deutlich zu verstehen, daß Gerechtigkeit der Kern aller Probleme darstelle. Es habe aber so geschienen, «als wollten uns einige Leute mit scheinbar abstrakten Problemen beschäftigen, wie z. B. dem Mißbrauch der Biotechnik, anstatt mit den echten Problemen wie Enteignung von Grund und Boden, Rassismus, Sexismus, wirtschaftliche Ausbeutung (Klassendenken), politische Unterdrückung, Vorenthaltung des Rechtes auf Religionsfreiheit und Mißbrauch der Religion als Instrument der Unterdrückung und Diskriminierung. Für einen Menschen, dem sein Land genommen wurde, der weder über sein gegenwärtiges Leben noch seine Zukunft bestimmen kann, dem seine staatsbürgerlichen und politischen Rechte vorenthalten werden, dem sogar der Zugang zu den Stränden oder wunderschönen Parks des eigenen Landes verweigert wird, wie es im Apartheidstaat Südafrika der Fall ist, oder der diese Schönheiten nicht genießen kann, weil er arm ist – für einen solchen Menschen, der weiß, daß es nur noch eine Frage der Zeit ist, bis er und seine ganze Familie tot sind, werden Anliegen im Zusammenhang mit der Schöpfung ganz einfach sinnlos.»

So heißt es denn nach all den Interventionen und Debatten in den vorläufigen Anmerkungen zum ersten Teil des Dokumentes: «Mensch und Natur sind Teil der einen Schöpfung. Unrecht gegenüber dem einen ist Unrecht gegenüber dem anderen. Wenn wir der Umwelt Schaden zufügen, dann fügen wir damit vor allem den kommenden Generationen Unrecht zu. Diese Verzahnung der Probleme sehen wir z. B. dann, wenn Arme zur Entwaldung beitragen, weil sie keinen anderen

Brennstoff haben, oder wenn durch den Export von Holz einerseits Auslandsschulden bezahlt, andererseits aber auch tropische Regenwälder vernichtet werden, die von ausschlaggebender Bedeutung für das weltweite Ökosystem sind.

Gerechtigkeit ist eine grundlegende Voraussetzung sowohl für die Bewahrung der Schöpfung als auch für wirklichen Frieden. Die ungerechte Anhäufung von Reichtum und Macht ist eng verknüpft mit militärischen Sicherheitsdoktrinen und sogenannten Konflikten geringer Intensität, die Herrschaftsstrukturen aufzwingen und festschreiben und Bewegungen der Armen, die um Gerechtigkeit kämpfen, unterdrücken.» Das Forum für Gerechtigkeit, das vor der Versammlung getagt hatte, trug wesentlich zu dieser Diskussion bei.

Es wurde immer wieder gesagt, Seoul sei erst ein Anfang und keineswegs der Abschluß dieses Prozesses für GFS. Es wäre unfair, den Erfolg dieser großen Veranstaltung an etwas Abschließendem messen zu wollen. Die große Errungenschaft in Seoul war wohl die Redefreiheit und die neu gewonnene Sprache für solche Anlässe. Der konziliare Prozeß kennt Ungleichzeitigkeiten, Seoul konnte nicht Basel sein, weil die Voraussetzungen verschieden waren. Seoul hat aber seinen eigenen Stellenwert im Prozeß für GFS. Diese Überlebensfragen der Menschheit verpflichten alle, kein einzelnes Forum kann darauf einen Monopolanspruch erheben, aber alle besorgten Menschen sollten dankbar sein für das Forum in Seoul.

Karl Weber

## Vietnam-Flüchtlinge: Kein Ausweg aus der Sackgasse?

Zur menschenverachtenden Situation in Hongkong und ihren internationalen Hintergründen

Wie wichtig die Kontrolle der offiziellen Politik und Diplomatie doch immer wieder ist ... Ich war im Januar 1988 in *Vietnam*. Zu jener Zeit wurde gerade die – wie es damals hieß – vollständige Entlassung aller politischen Häftlinge aus den sogenannten «re-education camps» vorbereitet. Hanoi zeigte sich von seiner bereitwilligen und freundlichen Seite: Der Presse wurde jeder Weg geebnet, so daß selbst mehrere westliche Fernsehteams Gelegenheit bekamen, die Entlassungszeremonie der «Umerzogenen» zu filmen, ja sogar einen oder zwei (von der Behörde, versteht sich, ausgewählte) Fälle zu verfolgen bis nach *Saigon*, das mal *Ho-Chi-Minh-City* heißen sollte, das man aber offenbar fast nur noch in Hanoi so nennt. Ich besinne mich, wie auch der Botschafter der Bundesrepublik in Hanoi überzeugt war, daß damit das System der Umerziehungslager ein für alle künftigen Male beendet sein dürfte. Ich flog in dem guten Glauben nach Hause: Die gräßlichen «re-education camps» sind aufgelöst, was es allenfalls in geringerem Umfang noch gibt, sind die NEZ, die «New Economic Zones», in die Mißliebige gesteckt wurden oder Vertreter der alten bis in die Wurzel verdorbenen Kapitalisten- oder Kulaklasse ...

### Wieviel Perestroika in Vietnam?

Wie wichtig eine Weltinstitution wie *Amnesty International* doch weiterhin ist, um uns die von der offiziellen Politik erzählten Märchen zu zerstören: Am 21. Februar 1990 macht A.I. seinen großen Menschenrechtsbericht über das Vietnam nach der *Doi Moi*, also der vietnamesischen Variante der Perestroika, bekannt. Klipp und klar stellen die A.I.-Delegierten fest: Es gibt in jeder der 40 Provinzen Vietnams noch solche «Umerziehungslager». Die Delegierten, die sich immerhin im ganzen Land bewegen können, dürfen gerade mal in ein ausgewähltes «re-education camp» hineinschauen, das ihnen natürlich als *Potemkinsches* Dorf vorbereitet wurde ... Sie bekommen genaue Informationen nur, weil sie aufgrund genauester Recherchen bei ausgewählten Flüchtlingen sich nicht ein X für ein U vormachen lassen.

Was die *Doi Moi* in Vietnam selbst angeht, so kann niemand daran vorbeigehen, daß sich die Zwangsverhältnisse in Vietnam, und zwar mehr im Süden noch als im Norden, gelockert haben. Es gibt wieder die Freiheit der kleineren Märkte auch im Norden und in Hanoi, es gibt viel mehr (aber noch nicht genug) Freizügigkeit; ich selbst wurde des öfteren deutsch angesprochen, ob es an die 40 000 Vietnamesen gebe, die aus der DDR zurückgekehrt seien und Deutsch sprächen. Es gibt eine leichte Entspannung im Verhältnis zur katholischen Kirche. Es gibt nicht mehr die massenhafte Verschickung in die Umerziehungslager, aber doch das Aufrechterhalten dieser Institution. Aber es fehlt die Konsequenz, mit der die *Doi Moi*

zur wirklichen Perestroika werden kann. Deshalb kann ich die neuerliche Beteuerung des Motors der Erneuerung in Vietnam, Außenminister Nguyen Co Tach, «Vietnam moving irreversibly toward free-market policies» (*Herald Tribune* vom 16. 3. 1990), nur von Ferne bewundern.

### Alles nur nichtsnutzige Wirtschaftsflüchtlinge?

Kurz vor der Publikation des Menschenrechtsberichts bin ich in *Hongkong*. Ich wollte mir mit eigenen Augen ein Bild von den «detention centers», den «Zwangszentren», machen, in die vietnamesische Boat people gesteckt werden, wenn sie an der rettenden Küste Hongkongs ankommen. Und: Ich wollte bei Betroffenen erfahren, ob es wirklich weitere Sündenfälle in Form von «mandatory repatriation», also von gewaltsamer Rückführung der Flüchtlinge nach Vietnam, geben wird.

Wir erinnern uns: Am 9. Dezember – in der Nacht – brachen 200 Polizisten des «Hongkong Correctional Service» in das *Phoenix-Haus* im Innern der Stadt ein, um 51 total zermürbte und verängstigte Vietnamesen mit großer Drohgebärde in kleine Gefängnisbusse einzuladen, die draußen vor dem Haus standen. Unter den 51 waren 17 Frauen und 26 Kinder, denen jede Idee an Widerstand ausgetrieben worden war – in zermürbenden Wochen und Monaten in einem der gefängnisähnlichen Zwangslager. Die Hongkong-Behörde brüstet sich damit, es sei in der Nacht vom 11. auf den 12. Dezember zu keiner Gewaltanwendung gekommen. Kunststück: Wenn plötzlich nach solchem Psychoterror 200 kräftige Beamte kommen und sie nachts mitnehmen, was sollen die 51 zuvor schon isolierten Flüchtlinge dann noch tun, als sich in ihr Schicksal zu ergeben?

London und Hongkong (wobei London in Hongkong immer noch die alles bestimmende Kolonialmacht ist – bis 1997!) haben sich auf den Standpunkt gestellt: Nichts geht mehr, die Flüchtlinge sind keine, sondern kommen des glitzernden Hongkong-Wohlstandes wegen. Deshalb hatte man in Hongkong 1987 – als die Flüchtlingszahlen wider Erwarten wieder hochgingen<sup>1</sup> – ein Datum gesetzt, so wie das unsere Politik immer wieder fertigbringt. Vom 16. Juni 1988 an sind alle Neuankömmlinge «asylum seeker» und potentielle Wirtschaftsflüchtlinge. Alle 13 000, die vorher gekommen sind, sind richtige Flüchtlinge – per Devisen. Ich gehe in Hongkong zum «United Nations High Commissioner for Refugees» (UNHCR) und frage: Wie sieht es um die dem Flüchtlingskommissar anvertrauten Vietnamesen wirklich aus? Und bekomme bei *Udo Janz*, dem «Senior Durable Solutions Officer», Erstaunliches zu hören. Gewiß, es gibt in der wirtschaftli-

<sup>1</sup> Im Zeitraum von 1977 bis 1988 hat das Flüchtlings-Hochkommissariat in seinen Lagern insgesamt 1060 285 Boat people aus Vietnam registriert. 1987 waren es 39 383 Ankömmlinge, 1988 aber 61 043 und 1989 sogar 110 360.

## Nguyen Dung – Refugee in letzter Minute

Wie wenig wir auf die «Ordnlichkeit» der staatlichen Auskünfte vertrauen dürfen, zeigt der spektakuläre Fall des *Nguyen Dung*. Nur durch den Zufall der vor Ort auftauchenden *Amnesty-International-Delegation* kam sein Fall ans Tageslicht der Öffentlichkeit. *Nguyen Dung* war schon abgelehnt bei den offiziellen Interviews zur Feststellung seines Flüchtlingsstatus. Er war de facto schon vorgesehen für die zwangsweise Rückführung. Die Geschichte seines Falles liest sich wie die Evidenz dafür, daß es mit den Menschenrechten für Vietnamesen noch lange nicht mit rechten Dingen zugeht. Er wurde als Arbeiter nach Prag, in die Tschechoslowakei, geschickt, für fünf Jahre, wie 80 000 andere Landsleute auch. Als engagierter Protestant kam er in Kontakt zu der Bürgerrechtsbewegung *Charta 77*, organisierte Protestaktionen gegen die unwürdigen Lebensbedingungen der vietnamesischen Arbeiter in der ČSSR. Er soll auch Vietnamesen geholfen haben, die ČSSR durch Flucht in den Westen zu verlassen. Am 23. Juni 1986 wurde er in Prag verhaftet und zu einer Gefängnisstrafe von fünf Jahren verurteilt. Daraufhin wurde er nach Vietnam deportiert. Die *Charta 77* hat mittlerweile alle Informationen aus Hongkong über *Nguyen Dung* bestätigt. In Vietnam kam er ins Gefängnis, wurde schlecht behandelt und wurde schwer krank. Im März 1988 wurde er offiziell wegen «Verbrechen gegen den (vietnamesischen) Staat» zu einer Strafe von fünf Jahren abgeurteilt. Wegen seines Gesundheitszustands bekam er zunächst Hausarrest: Am 26. Mai 1988 gelang ihm mit seiner Frau die Flucht nach *Hongkong* – nur einige Stunden oder Tage nachdem die *Boat people* nicht mehr anerkannt wurden als «Flüchtlinge», also nach dem 16. Juni 1988. Dieser Vietnameser wurde befragt und sowohl in der ersten wie in der zweiten Instanz – die geprüften «Fälle» werden noch einmal von einem Anwaltsverein in Hongkong überprüft – abgelehnt. Erst auf energische Intervention des UNHCR bekam er dann doch den für ihn lebensrettenden Status des *Refugee*.

R.N.

chen Ausweglosigkeit Vietnams viele junge Leute, die aus ihrem Land herauslaufen, weil sie einfach keine Aussicht auf eine einträgliche Beschäftigung und einen ausreichenden Verdienst haben. Und dennoch – Udo Janz, der vorher am Vietnam Desk der Menschenrechtsorganisation *Amnesty International* in London gearbeitet hat, zeigt mir die ersten Statistiken des «screening», also der Ergebnisse der hochnotpeinlichen Interviews bei ca. 9000 der insgesamt 43 000, denen das Verfahren noch bevorsteht. Dieses rigide Verfahren, durchgeführt mehrheitlich von Hongkong-Beamten, mit dem Interesse, möglichst viele, ja möglichst alle als «economic refugees» zu enttarnen, hat ein sensationelles Ergebnis: 12% der Interviewten erhalten den Status als «politisch Verfolgte» (zum Vergleich: In der Bundesrepublik liegt bei ähnlichen Verfahren die Anerkennungsquote bei 5%). Dieser Prozentsatz spricht – leider – immer noch Bände über die Menschenrechtssituation in Vietnam. Aber warum, frage ich Udo Janz, konnte denn der mächtige UNHCR die Zwangsrepatriierung der 51 Vietnamesen am 12. 12. 1989 nicht verhindern? Die Antwort ist banal: weil der UNHCR seit einiger Zeit sehr schwach geworden ist. Die Korruptionsvorwürfe um den abgetretenen Hochkommissar *Jean-Pierre Hocké*, die innere Krise des überbürokratisch ausgerüsteten Flüchtlingskommissariats, dazu die totale Aufmerksamkeit der großen Geberländer USA, Kanada und Bundesrepublik auf Osteuropa haben dazu geführt, daß der Hochkommissar Hongkong gegenüber in einer miserablen Lage ist. Hongkong Administration kann über

Klagen und Einwände des Hochkommissars nur grinsen, schließlich steht sein Uno-Flüchtlingswerk bei der Hongkong-Regierung in der Kreide. 101 Mio. Hongkong-Dollar mußte der Hochkommissar sich schon bei der Administration des Gouverneurs Sir David Wilson leihen.

Wie im Brennpunkt eines Vergrößerungsglases verdichten sich die Probleme und Widersprüche der westlichen Welt in der «Kronkolonie» Hongkong bis zum Zerbersten und bis zur Unerträglichkeit. Ein Stück britischer Heuchelei kommt in Hongkong so deutlich zum Ausdruck, daß es ein Schulbeispiel geworden ist. Die Frage der *Boat People* ist ja nur die mildere Erscheinungsform dieser Heuchelei gegenüber der Sorge, die sich die 5,3 Millionen Hongkong-Bürger darum machen, ob sie nach 1997 nicht gänzlich unter die Terrorhute der Pekinger Regierung geraten. Daß Peking sich nicht vor dem Massaker an Teilen der Bevölkerung scheut, hat der Massenmord am Platz des himmlischen Friedens belegt. Nun hat aber Großbritannien, die Mutter aller parlamentarischen Demokratien, bisher in Hongkong alles getan, nur eines nicht – es hat nichts dazu getan, daß Hongkong demokratisch sich selbst regieren kann. Deshalb sind alle Krokodilstränen, die man in London um den eventuellen Verlust westlicher Freiheit in Hongkong weint, pures Theater. Es kann gut sein, daß Hongkong 1997, also nach der Eingemeindung in das Territorium und den juristischen Schutzverband *Rotchinas*, viel mehr an demokratischer Teilhabe erringt als je zuvor.

Zudem hat die internationale (westliche) Gemeinschaft jeden Respekt vor bislang für unabdingbar gehaltenen Grundsätzen verloren. Auf der eiligst einberufenen Genfer Flüchtlingskonferenz am 25. Januar 1990 schummelten sich 28 Teilnehmerstaaten um eine Entscheidung herum. Großbritannien wurde nur gebeten, erneute Zwangsrückführungen um 6 oder 9 oder 12 Monate zu verschieben. Die westlichen Regierungen halten ihre Nähe zu den Menschenrechten jetzt dadurch aufrecht, daß sie verschieden lange Moratorien bis zur bewilligten Verletzung dieser Grundsätze einhalten. 6 Monate war die Wahl Londons, 9 Monate die Vietnams, 12 Monate die der USA ... So schnell und unverschleiert blamieren sich die Grundsätze unserer Politik, wenn sie einmal mit den Staatsinteressen nicht mehr kongruent sind.

### Die Hongkong «Detention Camps» – ein Gulag-Erlebnis

Als Journalist wäre ich in keines der «Zwangszentren» hineingekommen, aber als Vertreter des Komitees *Cap Anamur* durfte ich mich im «*Whitehead Detention Center*» informieren. Es liegt wie ein Narrenschiff so weit außerhalb der bewohnten Hongkong-Landmasse, ist so ausgegrenzt, daß den Vietnamesen – bildlich gesprochen – der Ausblick auf das kapitalistische Hongkong verbaut ist. Die Enge und die Umzäunung sind beklemmend. Ich muß durch ein viermal gestaffeltes Eisengitterzäune-System von 5,20 m Höhe, überall schmiedeeiserne Gittertore, schwere Schlüssel, der Eindruck nähert sich dem von brutalen Gefängnissen. Das Wort «KZ» aber will ich vermeiden, es gibt hier keine Menschenvernichtung. Der Flüchtling hat 0,9 m<sup>2</sup> Wohn-, Schlaf- und Lebensfläche in den Baracken, die in je acht Abteilungen aufgeteilt sind, leben/schlafen die Bootsmenschen in drei Etagen.

Ja, gewiß mit Vorbedacht wird mir die medizinische Versorgung vorgeführt. Ärgerlicherweise hat der «Hongkong Standard» am gleichen Morgen herausbekommen, daß die jungen Vietnamesinnen mit einem Kontrazeptivum, *Depo provera*, das u. U. zur totalen Sterilität führen kann, ohne Information und Aufklärung geimpft werden. Die Geburtenrate liegt in den Lagern bei 3,9 – sehr zum Schrecken der Hongkong-Behörden. Die Vietnamesen dürfen aus dieser Enge nicht heraus – die Folge: Es kommt zu Aufständen, zu Gewalt zwischen einer Gruppe (aus dem Norden) und einer anderen (aus dem Süden). In der Nacht – erzählt mir ein Sozialarbeiter – hört man aus dem Camp ein merkwürdiges Säge- und Feilge-

räusch, weil viele Flüchtlinge sich aus den Bettgestellen messerähnliche Waffen schmieden, um gegen den nächsten Versuch gewappnet zu sein, der sie gewaltsam zurückbringen soll. Zu Recht haben die Flüchtlinge Angst vor der zwangsweisen Rückführung. Ein zweiter Amnesty-International-Bericht (Memorandum regarding the protection of Vietnamese Asylum seekers in Hongkong), der am 15. Januar 1990 herauskam, hält fest: Das vietnamesische Strafgesetz kennt weiter die Artikel 85 bis 87, die jede «heimliche» oder «illegale» Ausreise aus Vietnam unter Strafe auch der Einweisung in eine «neue ökonomische Zone» oder in ein «Re-education camp» vorsieht. Solange diese Artikel nicht außer Kraft gesetzt sind, dürfte es auch eine sogenannte freiwillige Rückführung nicht geben, wie sie von der UNHCR bereits in über 900 Fällen durchgeführt wurde. Aber so geht eben einiges heutzutage durcheinander: zwischen Staatsinteresse und Menschenrechten.

#### Entwicklungshilfe für Vietnam – Politikdialog mit Hanoi

Die Erwartung, westliche Länder würden sich zu höheren Quoten der Aufnahme vietnamesischer Boat people bereitfinden, ist für die Zukunft trügerisch. Außerdem haben die EG und die USA endlich ein Versprechen wahrzumachen, das sie vor Jahr und Tag gegeben haben. Der einzige «Grund», weshalb Vietnam keine Entwicklungshilfe bekam, sondern allenfalls Aspirin und andere Medikamente, war die Okkupation Kambodschas durch Vietnams Truppen. Seit dem 27. September 1989 sind die vietnamesischen Truppen aus Kambodscha heraus, wie selbst die US-AWCS-Aufklärung bestätigt hat. Aber was tut der Westen: Er zögert. Er tut so, als habe er jetzt Wichtigeres zu tun. In der Bundesrepublik liegen 80 Mio. DM, vor zehn Jahren bewilligt für Vietnam, im Eisschrank des «Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit». Diese Summe müßte nur ent-eist werden, um mit Hanoi einen Politikdialog aufzunehmen. Denn nur wer Geld im Köcher hat, kann auch mit Überzeugung auf einigen Bedingungen beharren. Die Bundesregierung in Bonn, die sich ja für Vietnamesen in der Vergangenheit mit Vorzug eingesetzt hat<sup>2</sup>, könnte den Zug jetzt beginnen und die erste sein, mit Vietnam die Beziehungen zu normalisieren. Sie könnte dann viel stärker auf der Einhaltung bestimmter Menschenrechts- und Rechtsstandards beharren, die die beiden A.I.-Berichte aufweisen.

<sup>2</sup> Die Bundesrepublik hat seit 1978 31.500 Vietnamflüchtlinge aufgenommen. (Zum Vergleich: Frankreich nahm 21.147 Boat people auf, wovon 12.000 aus dem Meer gerettet wurden.)

Ich träume und stelle mir vor: 5000 dieser blutjungen Menschen, die in den Stahlgittern des Whitehead Detention Center vermodern und verschimmeln, die ihr Leben vertun, könnten wir mit einigen Sprach- und Berufsausbildungskursen vorbereiten auf eine Rückkehr, die mit dreierlei verbunden ist:

1. Vietnam streicht den Artikel 85 des Strafgesetzbuches;
2. Vietnam akzeptiert die Rückkehrer als Bürger mit den gleichen Rechten und Pflichten;
3. Vietnam akzeptiert eine Begleitung dieser Vietnamesen für die nächsten zwei Jahre, damit ihnen die Angst vor Repressalien genommen wird;
4. Mit diesen 5000 werden von der Organisation mit Entwicklungshilfeldern Projekte des «vocational-training» (Berufsausbildung) und der Arbeitsplätze-schaffenden Resettlements aufgebaut.

Ein solches Projekt kann eine Non-Government-Organisation allein nicht schaffen, sie braucht dazu die kräftige Unterstützung der eigenen Regierung.

#### Der nicht-schmelzende Eisblock USA

Die einzige Obstruktion leistet sich immer noch Washington. Die USA haben bis heute die Niederlage nicht verwunden, sie hegen wie ein kleines Kind Rachebedürfnisse. Jeder neue «Platoon»-, «Apocalypse Now»- oder «Rambo»-Film macht dieses Bedürfnis manifest. Die USA haben bis heute noch keine diplomatischen Beziehungen zu Vietnam aufgenommen. Da die westlichen Länder (zumal in der EG) den USA als der Leitmacht des Westblocks folgen, kam es bisher weder zur Entwicklungshilfe für Nicaragua noch zur Hilfe für Vietnam. Auch heute gibt es bei Anfrage in Bonn keine vernünftige Antwort auf die Frage, weshalb die Bundesregierung die Entwicklungshilfe für Vietnam nicht längst aufgenommen hat. Die wahrhaftige Antwort wäre eine Beleidigung für den souveränen Staat BRD: Die USA erlauben es uns noch nicht, das zu tun. Deshalb wird die Antwort auch gar nicht gegeben.

Ich kann mich in Bonn mit Eingaben, Briefen, Anfragen, über Bundestagsabgeordnete im Parlament oder direkt in Pressekonferenzen abmühen – ich bekomme keine Antwort. Diese Bonner Regierung folgt den USA, wo immer sie es muß oder zu müssen glaubt. Es ist eine Schande, daß Europa überhaupt noch kein Eigengewicht hat.

Daß die Arbeit in Vietnam wiederaufgenommen werden sollte und daß man zugleich wissen muß, daß es weiter einen schlechten Standard an Rechts- und Menschenrechtsverhältnissen in



#### In den Fußstapfen Romeros:

Das Zeugnis der ermordeten Jesuiten in San Salvador, nachgezeichnet und gedeutet von ihrem Mitbruder und Universitätskollegen, der dem Massaker entging:

## Jon Sobrino Sterben muß, wer an Götzen rührt

Aus der ersten Betroffenheit – die Nachricht ereilte ihn in Thailand – entstand dieses sehr persönliche und nachdenkliche Buch des auch in Europa bekannten Befreiungstheologen. Es geht darin u. a. um das engagierte Konzept einer auf Veränderung hin wirkenden Universität inmitten mörderischer Strukturen, die seit der Ermordung von Erzbischof Romero (1980) über 70.000 Menschen das Leben gekostet haben. Zugleich wird uns eine bescheidene, ehrliche und gegenwartsbezogene Spiritualität nahegebracht, die kein anderes Ziel hat, als die Götzen des Todes zu entmachten und Gerechtigkeit zu schaffen.

Die deutschsprachige Ausgabe enthält ein Vorwort von Ludwig Kaufmann und Nikolaus Klein sowie ein ausführliches Nachwort von Roger Peltzer zur politischen Entwicklung und Situation in El Salvador. – Edition Exodus (Reihe Theologie aktuell 10), Brig-Fribourg 1990. 122 S., DM 17,80/SFr. 16,80, ISBN 3-905575-04-3.

Vietnam gibt, daß es weitere 12% derer sind, die herausgehen auf kleinen Flußbooten, die wirklich politisch verfolgt sind, das sind komplementäre Realitäten – beide muß der Zeitgenosse aushalten. Es gibt keine manichäische Reinheit in der Politik. Man muß versuchen, Menschen in konkreten Situationen zu helfen. Aktuell leben 43 000 Flüchtlinge in Hongkong schlimmer als in Gefängnissen. In Gefängnissen haben Menschen wenigstens die Aussicht, das Datum ihrer Entlassung zu wissen. Die Boat people sind jetzt von aller Welt verlassen und führen in den «detention centers» ein menschenunwürdiges Leben. Alle Welt wartet darauf, daß Vietnam wieder in die Gemeinschaft der Staaten aufgenommen wird. Tragen wir dazu bei!

### 60 000 Vietnamesen in der DDR

Kaum bin ich aus Hongkong zurück, erfahre ich, daß wir auch in Mitteleuropa so schnell die Vietnamesen nicht loswerden. Vietnam hat in die DDR ca. 60 000 Arbeiter geschickt, die dort für die Abzahlung der Schulden Vietnams gegenüber der DDR zu arbeiten hatten. Diese Vietnamesen verdienen nur 500 Ostmark –, anstatt 1235 Mark Durchschnittslohn (so 1988), und müssen von den 500 noch 120 abgeben «für den sozialistischen Aufbau Vietnams». Diese Vietnamesen waren meist

zuverlässige Nordvietnamesen, erst in letzter Zeit auch potentiell unzuverlässige Südvietnamesen. Zu je 200 haben sie einen vietnamesischen Partei- und Geheimdienstaufpasser. – Über 5000 sind schon, den Geschmack von Freiheit und Demokratie genießend, in den Westen Deutschlands geflohen, weil Pläne Vietnams bekannt wurden, allen 60 000 die Rückkehr zu befehlen. Vietnam wie auch Äthiopien, Angola, Kuba und andere Länder fürchten, daß den Vietnamesen und Äthiopiern, Angolanern und Kubanern jetzt in der früher so orthodoxen DDR der Kopf verdreht wird.

Die Welt verändert sich. Nachdem Ungarn dem Vertrag über die UN-Flüchtlingskommission beitrug, konnte es die ostdeutschen «Botschaftsflüchtlinge» nicht mehr zwangsrepatriieren. Die DDR sollte auch Mitglied beim UNHCR werden, was sie ebenfalls verpflichtet würde, dem Drängen der Hanoi-Regierung nicht einfach stattzugeben, sondern den Vietnamesen eventuell Asyl zu gewähren. Die einzige wirkliche Lösung liegt natürlich in einer realen Doi Moi in Vietnam, mit Aufgabe des Monopol-Anspruchs der Partei, mit einer Öffnung, die die Vietnamesen auch im eigenen Land so tüchtig und fleißig und effektiv sein läßt, wie sie das auf der ganzen Welt sind ...

Rupert Neudeck, Troisdorf b. Köln

## Zehn Jahre unabhängige polnische Literatur

Eine kritische Bilanz (II.)\*

Die Beantwortung der Frage nach den zahlreichen leeren Feldern in der künstlerischen Landschaft zwischen Oder und Bug erfordert eine kurze Darstellung der besonderen Publikationsbedingungen von Büchern, Zeitschriften, Drehbüchern oder Theaterstücken. Sie vermag dem westlichen Leser einen ersten Einblick in einen Mechanismus zu bieten, der sich Zensur nennt und dessen Auswirkung auf das kulturelle und künstlerische Leben Polens vor allem nach 1948 nur in vagen Umrissen beschrieben werden konnte<sup>1</sup>, abgesehen von gewissen Erfahrungswerten betroffener Autoren. Aus diesem Grunde bedeutete der Nachdruck<sup>2</sup> aus dem «Schwarzbuch der Zensur der VR Polen» auf der Grundlage der Publikationen von «Czarna księga cenzury PSR» (Uppsala-London 1977), deren Inhalt auf den Aufzeichnungen und Materialien eines nach Schweden emigrierten ehemaligen Zensors der Wojewodschafts-Zensurbehörde in Krakau beruhte, ein einschneidendes Ereignis in der Publikationsgeschichte Polens. Die dort abgedruckten – oft sehr detaillierten – Anweisungen, Anordnungen oder Befehle verdeutlichen eine von Insidern immer wieder geäußerte Vermutung: Es gibt keine allgemeingültigen Regeln für die Anwendbarkeit der Zensur. Sie ist vielmehr abhängig von der Konjunktur politischer und ideologischer Inhalte und der Einhaltung einiger absoluter Verbote (Berichterstattung über die inneren «Fraktionskämpfe» der Staatspartei, kritische Darstellung des Armee- und Polizeiparates, polemische Auseinandersetzung mit der kommunistischen Partei der UdSSR u. a.). Erst das Zensurgesetz vom Sommer 1981, das nicht zuletzt aufgrund der energischen Bemühungen der Schriftstellerkommission im Rahmen der Solidarność-Gewerkschaft zustande kam<sup>3</sup>, ermöglichte die explizite Benennung der Gründe, die die Auslöschung bestimmter Sätze oder das Entfernen bestimmter Bilder aus Ausstellun-

gen bewirkten. Von dieser gesetzlichen Handhabung machen gegenwärtig nur die katholischen Presseorgane Gebrauch, indem sie die Zensurvermerke im Text mitabdrucken lassen. Andere Zeitschriften begnügen sich da lediglich mit Auslassungszeichen oder verzichten gänzlich auf eine Anmerkung. Seit dem Sommer 1989, d. h. nach dem Amtsantritt der ersten nichtkommunistischen Regierung nach dem II. Weltkrieg, sind nur noch in Ausnahmefällen Zensurvermerke in den Presseorganen zu registrieren.

### Literatur und Zensur

Bevor ich nun auf den Wandel der Zensurmechanismen in den achtziger Jahren eingehe, möchte ich noch einige Anmerkungen zur konkreten Erfahrungsgeschichte der Auswirkung von Zensur in der polnischen Nachkriegszeit machen. Einer ihrer beredtesten Zeugen ist der in Warschau wirkende Publizist und Schriftsteller *Stefan Kisielewski*. In einem Grundsatzartikel beschrieb er 1977 unter der Überschrift «Gegen die Zensur – auf legale Weise»<sup>4</sup> sein Leiden an der literarischen Überwachungsagentur wie folgt:

«Die Zensur hat mein Leben zerbrochen und überflüssig gemacht, die Zensur verhindert die Ausübung meines Berufes als politischer Publizist, zu dem ich mich berufen fühlte. Die Zensur verfälschte, entstellte und ruinierte 90% dessen, was ich zu drucken beabsichtige, die Zensur bewirkte, daß die wöchentlichen Feuilletons, die ich im Krakauer «Tygodnik Powszechny» seit 32 Jahren schreibe, in entstellter Form erschienen und oft die Öffentlichkeit im Hinblick auf meine Intentionen belügen, aber weder die Richtigstellung dessen noch gar die Benachrichtigung darüber ist möglich, weil nämlich die Zensur, in strenger Geheimhaltung operierend, die allerwinzigste Andeutung auf ihre Handlungsweise beschlagnahmt.»<sup>5</sup>

Während in diesen einleitenden Gedanken die subjektive Betroffenheit eines Autors zum Ausdruck kommt, erfaßt die folgende Darstellung die Auswirkung der Zensur auf das Bewußtsein der Massenleser. Unter Hinweis auf die Arbeitsweise der Zensurbehörde unter dem Pilsudski-Regime, die erst dann ihre Ermittlungen im Falle von Verstößen gegen be-

\* Erster Teil in Orientierung vom 15. März 1990, S. 50 ff.

<sup>1</sup> Vgl. dazu «Czarna księga cenzury PRL» (Das Schwarzbuch der Zensur in der VR Polen). London-Uppsala 1977/78. Englische Ausgabe «The Black Book of Polish Censorship», ed. J. L. Curry. New York 1984.

<sup>2</sup> In dem Untergrundverlag «Oficyna NZS Uniwersytetu Wrocławskiego», o. J.

<sup>3</sup> Vgl. Tygodnik Solidarność 1981, Nr. 27, S. 4.

<sup>4</sup> In: Zapis 1977, Nr. 4.

<sup>5</sup> Ebda.

stimmte Paragraphen begann, wenn die betreffenden Texte – ohne Vorzensur – bereits veröffentlicht waren, klagte Kisielewski an:

«Es ist offensichtlich, daß unsere Institution, die sich beschäftigt mit der Kastrierung, Umdeutung oder Auslöschung fremder – in politischer Hinsicht oft gänzlich schuldloser – Texte, nichts gemein hat mit den Tätigkeiten einer Zensur, unter deren Bezeichnung sie auftritt. Das ist etwas völlig anderes: die geheime, ohne rechtliche Grundlage und ohne Berufung arbeitende Fabrik gefälschter Texte, eine gewaltige, vor der Öffentlichkeit verborgen gehaltene Mystifikation, hat eine doppelte Zielstellung: a) den Lesern zu suggerieren, daß die Autoren genau so denken, wie sie schreiben, b) die Schreibenden daran gewöhnen, damit sie ihre Gedanken auf eine bestimmte Weise denken und ausformulieren, weil das Schreiben auf eine andere Weise liquidiert oder durch entsprechende Ausstreichungen verändert wird.»<sup>6</sup>

Mit welchem rechtlichen Anspruch arbeitete diese «Fabrik gefälschter Texte»? Diesen Aspekt untersuchte *Kazimierz Orłoś*, Schriftsteller und Jurist<sup>7</sup>, im Zusammenhang mit der Schlußaktkonferenz von Helsinki im August 1975. Ausgehend von der Feststellung, daß «die Freiheit des Wortes, verstanden als Recht auf freie öffentliche Äußerung in jeglicher Form, eines der Menschenrechte ist»<sup>8</sup>, verdeutlichte er, daß diese Menschenrechte, wie z. B. das Recht auf den Besitz eigener politischer Überzeugungen, Bestandteil der Deklaration der Menschen- und Bürgerrechte wie auch späterer internationaler Rechtsabkommen seien, die alle den Vereinten Nationen angehörenden Staaten unterzeichnet hätten. Auch die Verfassung der VR Polen garantiere im Art. 83 ihren Bürgern die Freiheit des Wortes und der Publikation, die Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit. Diese Voraussetzungen für das Funktionieren einer sozialistischen «Demokratie» seien jedoch nicht gegeben, wenn «die Prinzipien, die die Freiheit des Wortes garantieren, und in den Abkommen über die Menschenrechte überall dort nicht beachtet werden, wo die ... Zensur mit präventiv-repressivem Charakter gewirkt hat».<sup>9</sup>

### Pathologische Erscheinungsformen

Eines der schwierigsten Probleme war in dieser Hinsicht der offensichtliche Widerspruch zwischen der formalen Anerkennung der Freiheit des Wortes und der Verletzung dieses Prinzips in den staatlichen Behörden und Medien aufgrund der in ihnen praktizierten verfälschenden Darstellung der meisten sozialen Konfliktfelder. Doch selbst die Entlarvung dieses Widerspruchs durch kompetente Leser oder Konsumenten hätte noch keine Aufklärung über die tatsächlichen Ursachen der meisten pathologischen Erscheinungsformen bewirkt. Solche Versuche scheiterten schon bei deren sprachlicher Definierung aufgrund der Tatsache, daß Täter und Opfer die gleiche, in bürokratischen Floskeln erstarrte Sprache benutzen müssen. Auf diese Dialektik hatte der Schriftsteller *Milan Kundera* in einem Interview aufmerksam gemacht<sup>10</sup>: «Zwischen dem Opfer und dem Henker, dem Revolutionär und dem Polizisten, zwischen Bürokratie und Dissidenten existiert eine Gemeinsamkeit des Wortschatzes, der Besessenheit und der Denkschemata, die unseren Blick auf den Menschen begrenzen und einschränken.»

Angesichts solcher pathologischer Erscheinungsformen konnte nach Ansicht der oppositionellen polnischen Intellektuellen nur ein unabhängiger Publikationskreislauf Abhilfe schaffen. Dieser sollte sich gegen das System der allgemeinen geistigen

<sup>6</sup> Ebda., S. 58/59.

<sup>7</sup> Kazimierz Orłoś ist der Autor von «Trzecie kłamstwo» (Dritte Lüge), «Cudowna melina» (Das wunderliche Diebesnest), «Pustynia Gobi» (Wüste Gobi).

<sup>8</sup> Vgl. K. Orłoś, O wolności słowa i o cenzurze po ratyfikacji paktów praw człowieka (Über die Freiheit des Wortes und über die Zensur nach der Ratifizierung der Verträge über die Menschenrechte), in: *Zapis* 1977, Nr. 4, S. 70.

<sup>9</sup> Ebda., S. 73.

<sup>10</sup> Nachdruck des Interviews in: *Puls* 1979, Nr. 6, S. 111 (Original in «Le Monde» vom 19. 1. 1979).

Unterdrückung richten, in einer Situation, «wo auf die von dem Regime angewandten physischen (Wohnungsdurchsuchung, Verhaftung) und administrativen Repressionen (Publikations- und Ausreiseverbot) mit entsprechenden Verteidigungstaktiken reagiert werden mußte». Zweifellos erfüllten die ersten beiden unabhängigen Literaturzeitschriften «*Zapis*» und «*Puls*» diese Funktion. Sie entstanden nämlich nicht nur, um ein Gegengewicht zur staatlichen Auftragskultur zu bilden; sie sollten vielmehr den Kampf um eine Wertorientierung aufnehmen, die die Vielfalt soziokultureller und künstlerischer Positionen und Ansprüche widerspiegelte. Das wachsende Bedürfnis der Bevölkerung nach pluralistischem Wissen konnten sie in vieler Hinsicht natürlich nicht befriedigen. Deshalb mußte die Umsetzung dieses Anspruches notwendigerweise ein Publikationswesen erfüllen, das nicht nur die großen Lücken in der Angebotspalette der Staatsverlage schließen wollte. Es ging vor allem um die Wiederherstellung kultureller Traditionen und die Suche nach einer allgemeinen ethisch-moralischen Neuorientierung angesichts des rapiden Wertezwangs am Ende der siebziger Jahre.

### Die Entstehung der «Untergrund»-Verlage

Über die organisatorischen, materiellen und personalen Voraussetzungen für die Gründung der ersten kleinen Verlagsagenturen erfuhr die breite polnische Öffentlichkeit erst in den Jahren 1980/81. In einem – im Gewerkschaftsorgan «*Tygodnik Solidarność*» abgedruckten – Interview mit einem der beiden Verleger von «*Nowa*» («*Niezależna Oficyna Wydawnicza*»), *Grzegorz Boruta*, wurde sie über das Ausmaß der Schwierigkeiten informiert, mit denen mehrere hundert Personen in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre zu kämpfen hatten, um die Agentur über Wasser zu halten. Angefangen hatte alles mit einem Matrizen-Vervielfältiger, auf dem Ende 1976 die Informationsblätter von KOR (Komitee zur Verteidigung der Arbeiter) hergestellt wurden (pro Matrize 300 Abzüge). Im Frühjahr 1977 druckte «*Nowa*» neben den ersten Nummern von «*Zapis*» auch die an der Lubliner Katholischen Universität produzierte Zeitschrift «*Spotkania*» («*Begegnungen*»). Mit Hilfe verbesserter drucktechnischer Verfahren entstanden dann auch die ersten Bücher. Das im Sommer 1977 eingeführte Offsetverfahren ermöglichte bereits Auflagen von bis zu 3500 Exemplaren, die im Jahr 1979, wie im Falle des Bestsellers «*Mala apokalipsa*» (dt. «*Die polnische Apokalypse*», Frankfurt 1982) von *Tadeusz Konwicki*, auf 10 000 Exemplare gesteigert wurden. Zu den ersten bedeutenden Publikationen im Jahre 1977 gehörten «*Niereczywistość*» («*Irrealität*») von *Kazimierz Brandys* und «*Kompleks Polski*», ebenfalls von *T. Konwicki*. In den folgenden vier Jahren brachte «*Nowa*» rund 150 verschiedene Buchtitel heraus und erweiterte ihr Druckrepertoire auf drei Techniken (Siebdruck, Farbdruck für Plakate und Offsetdruck). Das besondere Verdienst der Verlagsagentur lag nicht nur in der Publikation von Texten, die irgendwann an dem Streichdiktat der Verlagszensoren gescheitert waren. Mit dem Abdruck bzw. Nachdruck wichtiger Abhandlungen über die polnische und osteuropäische Geschichte und bedeutender Kompendien aus dem Bereich der Emigrationsliteratur<sup>11</sup> realisierten die Verleger von «*Nowa*» auch ein dringendes Bedürfnis der Intelligenz: die Wiederaufnahme des kultur-symbolischen Dialogs mit der eigenen Geschichte und den Werken der aus dem Bewußtsein weitgehend ausgeschalteten Emigrationsautoren. Ein beneidenswertes Los hatten die meisten der nach 1945 in Westeuropa gebliebenen oder in den fünfziger und sechziger Jahren emigrierten Literaten nicht getroffen. Ihr schriftstellerisches Schicksal hing oft von der Risikobereitschaft der wenigen Verleger ab, die mit der Veröffentlichung von Texten meist unbekannter Autoren der westlichen Welt Zeugnisse einer damals «inoffiziellen» Literatur

<sup>11</sup> Wie z. B. Czesław Miłosz, *Geschichte der polnischen Literatur*. Köln 1981. – Maria Danilewska Zielińska, *Szkice o literaturze emigracyjnej*. Paris 1978.

präsentieren wollten. Deshalb war es auch nur einer geringen Anzahl von Autoren gelungen, sich in das literarische Bewußtsein amerikanischer oder westeuropäischer Leser hineinzuschreiben. *Witold Gombrowicz, Jan Lechoń, Gustav Herling-Grudziński, Konstanty Jeleński, Sławomir Mrożek, Alexander Wat und Czesław Miłosz* erfüllten deshalb die Funktion von Symbolfiguren einer Höhenkamm-Literatur, die erst Mitte der achtziger Jahre im Begriff war, verlorengegangenes kulturelles Terrain im Bewußtsein der polnischen Leser zurückzugewinnen.

Die Grundlagen dafür hatte der Verlag «Nowa» gelegt, indem er Miłoszs «Traktat poetycki i traktat moralny» («Poetische und moralische Abhandlung»), eine Sammlung früher Gedichte, noch in den siebziger Jahren auflegen ließ. Zu diesem Zeitpunkt waren die meisten Werke des im amerikanischen Exil lebenden Dichters und Romanciers der polnischen Leserschaft nicht bekannt. Ein seit den fünfziger Jahren bestehendes Publikationsverbot hatte das Œuvre des 1912 im nordostpolnischen Wilna geborenen Miłosz aus dem literarischen Gedächtnis der Polen weitgehend verdrängt. Erst die Verleihung des Literatur-Nobelpreises im Herbst 1980 brachte einen überstürzten Wandel in der Publikationspolitik der Staatsverlage. Ein in aller Eile herausgegebener Gedichtband und eine Monographie über Miłoszs Werk<sup>12</sup> stellten dessen verspätete Rehabilitierung durch die kommunistische Kulturbürokratie dar. Unter dem Druck der literarischen Öffentlichkeit und der im September 1980 entstandenen Gewerkschaftsbewegung «Solidarność» setzte sich diese Publikationspolitik fort. Ein wesentliches Ereignis auf diesem Weg war im Juni 1981 die Verleihung des Ehrendokortitels durch die Katholische Universität in Lublin im Zusammenhang mit Miłoszs erstem Besuch Polens nach seiner Emigration in den fünfziger Jahren.

Die trotz des Kriegszustandes in den Jahren 1982/83 einsetzende Veröffentlichung einzelner Werke von Czesław Miłosz war auch auf die Bemühungen des Polnischen Schriftstellerverbandes zurückzuführen, der auf seinen Kongressen in den Jahren 1978 und 1980 die Aufhebung der Verlagszensur und die Freigabe von zahlreichen literarischen Texten der Emigrationsliteratur gefordert hatte. Eine ähnliche Tendenz zeichnete sich seit dem Winter 1981 auch im Verhältnis der Staatsverlage gegenüber den Vertretern der unabhängigen polnischen Literatur ab. Und sicherlich hätte sich bereits zu diesem Zeitpunkt ein entscheidender Wandel in der Verlagspolitik (d. h. Veröffentlichung bestimmter Manuskripte ohne Vorzensur durch die Zensurbehörde und die politische Abteilung der einzelnen Verlagshäuser) durchgesetzt, wenn ... Der Konjunktiv verweist an dieser Stelle natürlich auf die mit militärischen Mitteln abgebrochene demokratische Erneuerungsbewegung am 13. Dezember 1981. Er verleitet auch zu Spekulationen über die mögliche Fortsetzung eines politischen Emanzipationsprozesses, der erst am Ende der achtziger Jahre mit parlamentarischen Mitteln neu beginnen konnte und auch das Ausmaß des ökonomischen und kulturpolitischen Niedergangs sichtbar werden ließ, wenngleich festzuhalten ist, daß die Pluralisierung des polnischen Literaturmarktes trotz militärischer Repression bescheidene Fortschritte aufzuweisen hat.

### Die Überwindung des Kriegsrechts

Eine der wesentlichsten Aufgaben der polnischen unabhängigen Literatur bestand in der umfassenden Beschreibung von Ereignissen, die nach der Einführung des Kriegsrechtes alle Bereiche der polnischen Gesellschaft erfaßten. Dabei ging es zunächst um die Publikation von Gedichtbänden, Kurzerzählungen, Epigrammen oder Tagebüchern in den überall im

<sup>12</sup> Es handelt sich dabei um den Gedichtband «Gdzie wschodzi słońce i kędy zapada» (Wo die Sonne aufgeht und wohin sie untergeht), Warszawa 1980. – Aleksander Fiut, *Rozmowy z Czesławem Miłoszem* (Gespräche mit Czesław Miłosz). Krakow 1981 und B. Chrystowska, *Poezja Czesława Miłosza* (Czesław Miłoszs Poesie). Warszawa 1982.

Land entstehenden Untergrundverlagen.<sup>13</sup> Außerdem veröffentlichten sie Prosaskizzen über die Auswirkungen des Kriegsrechts auf das Massenbewußtsein. Unter ihnen erweisen sich zwei Textsammlungen junger Warschauer Autoren als besonders aussagewirksam. Sie stellten die grundlegend gestörten Beziehungen von Gesellschaft und Macht unter dem Kriegsrecht dar. Es handelte sich um die Bände «Report o stanie wojennym» (dt. «Karpfen für die Miliz», München 1983) von *Marek Nowakowski* und «Kraj obraz» (dt. «Landbild», London 1983) von *Janusz Anderman*. Sie ragten – neben einer Reihe von Tagebüchern und Gedichtbänden über die Internierungszeit<sup>14</sup> – aus der großen Anzahl von Erlebnisberichten, Gedichtzyklen in politisch-pathetischem Stil und Feuilletons hervor. Die publizistische Verarbeitung dieser Massenware übernahmen die nach 1981 entstandenen Untergrundverlage «Świt», «ABC» oder «Krag». Es war eine Aufgabe, die eher der moralisch-ethischen Stärkung des gesellschaftlichen Bewußtseins diente als der differenzierten Auseinandersetzung mit den psychokognitiven Folgen des staatlichen Repressionsaktes. In erster Linie ging es also um das Abdrucken von Berichten, die sich auf die Verteidigung von Menschenrechten oder die politische Strategie der in den Untergrund abgetauchten «Solidarność»-Funktionäre bezogen.

Erst im Herbst 1982 konnten sich die Untergrundverlage wieder verstärkt der literarischen Bewältigung der polnischen Gesellschaftskrise widmen. Zu diesem Zeitpunkt war eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Publizisten und Schriftstellern emigriert, um in Paris, Washington, Boston, Mainz, Stockholm, Wien oder Westberlin die Öffentlichkeitsarbeit für die Demokratisierung Polens fortzusetzen.

Im Rahmen ihrer Arbeit entstanden auch Publikationen und wissenschaftliche Untersuchungen zur ideellen und historischen Einheit der polnischen Nationalliteratur.<sup>15</sup> Wesentliche Beiträge zur literarischen Verbindung von Emigration und Vaterland leisteten überraschenderweise die polnischen Staatsverlage: Die 1980/81 in die Publikationsprogramme aufgenommenen Buchtitel wurden mit wenigen Ausnahmen zwischen 1983 und 1986 auch publiziert. Sicherlich konnte die polnische belletristische Leserschaft noch keine vollständigen Ausgaben der Werke von Miłosz, Gombrowicz, Mrożek oder Hłasko erwarten. Dennoch war das nach 1981 unter Legitimationszwängen geratene Verlagswesen zu Kompromissen bereit. Einige der in den sechziger und siebziger Jahren repressierten Autoren, wie z. B. *Jerzy Andrzejewski, Marek Hłasko* oder *Edward Stachura* wurden wieder in kleinen Auflagen veröffentlicht. Auch im Hinblick auf die seit Mitte der siebziger Jahre unter absolutem Publikationsverbot stehenden Autoren zeichnete sich eine gewisse Flexibilität der Kulturbürokratie ab: *Wiktor Woroszyński* erlaubte man die Veröffentlichung eines Buches über die Hintergründe der Ermordung von Alexander Puškin<sup>16</sup>, und *Tadeusz Konwicki* erlebte die zweite Auflage seiner «Kronika wypadków miłosci» («Chronik der Liebesunfälle»). Außerdem konnte er 1986 und 1988 seine Bücher «Nowy Świat i okolice» (dt. «Neustadt und Umgebung») und «Bohiń» im Warschauer Verlag «Czytelnik» publizieren.

Diese Publikationspolitik der Kulturbürokratie gegenüber den oppositionellen Schriftstellern zeichnete sich bereits seit Beginn des Jahres 1983 tendenziell ab. Ihr Ziel war es, eine Reihe von anerkannten Autoren und Autorinnen durch groß-

<sup>13</sup> Wie z. B. Marek Nowakowski «Raport o stanie wojennym» (t. 1/2). Paris 1982/83. – Jan Mur, *Dziennik internowanego* (grudzien 1981 – grudzien 1982) (Tagebuch eines Internierten. Dezember 1981–Dezember 1982). Paris 1985.

<sup>14</sup> Vgl. «Poezja stanu wojennego. Antologia» (Poesie des Kriegszustandes. Anthologie). London 1982. – «Poezja stanu wojny» (Poesie des Kriegszustandes). New York 1983.

<sup>15</sup> Vgl. dazu die Anthologie «Poeta pamięta» (Der Dichter erinnert). Hrsg. St. Barańczak. London 1985.

<sup>16</sup> W. Woroszyński, *Kto zabił Puszkina?* (Wer ermordete Puškin?). Warszawa 1983.

zügige finanzielle Angebote, Stipendien und Förderpreise zu bewegen, ihre Boykotteinstellung gegenüber den Staatsverlagen aufzugeben. Nach der Neugründung des Polnischen Schriftstellerverbandes (der rechtmäßig konstituierte alte Verband war im Juni 1983 trotz massiver Proteste von seiten der Mitglieder und zahlreicher Berufsverbände in Westeuropa vom Regime aufgelöst worden) verstärkte sich die Teile-und-Herrsche-Taktik der Bürokratie im ZK der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei. Zu diesem Zeitpunkt hatten sich jedoch die Mehrheit der anerkannten Schriftsteller und viele junge Autoren bereits entschlossen, sich nicht mehr von den durch Zensurbestimmungen und langwierige Entscheidungsprozesse blockierten Staatsverlagen abhängig zu machen. Ihre Entscheidung, entweder für bescheidene Honorare in Untergrundverlagen zu publizieren, in der Hoffnung, daß polnische Emigrationsverlage die Texte nachdrucken, oder in besser dotierte Berufe zu wechseln, war auch von anderen Prozessen in der polnischen Kulturszene der achtziger Jahre angeregt worden. Trotz Materialknappheit und mangelhafter polygraphischer Ausrüstung hatten die meisten Untergrundverlage ihre Druckkapazitäten erweitert. Außerdem ermöglichten die steigenden Buchpreise und eine wachsende Zahl von Käufern die Auszahlung von bescheidenen Honoraren. 1984 erschienen im «zweiten Umlauf» neue, unabhängige Kulturzeitschriften, die vor allem Lyrikern und Prosaautoren Publikationsmöglichkeiten anboten. Neue Formen der Literaturförderung entwickelten sich auch im Umfeld der katholischen Kirche: Die seit Mitte der siebziger Jahre durchgeführten Wochen der christlichen Kultur, deren Träger die katholische Kirche und einzelne Ordensgemeinschaften (Jesuiten, Dominikaner) waren, entwickelten sich zu Foren der Begegnung unterschiedlicher literarischer Strömungen und Sujets.<sup>17</sup> Über solche Kommunikationsformen hinaus nutzte eine Reihe von anerkannten Autoren seit 1984 auch die Angebote der Staatsverlage, ohne Vorzensur und inhaltliche Einschränkungen in ihren Häusern zu publizieren, obwohl die in Frage kommenden Buchmanuskripte bereits im westlichen Ausland veröffentlicht worden waren.

#### Das literarische Zweistromland: Zustand der Auflösung?

Mehr als zehn Jahre nach der Gründung des ersten staatlich unabhängigen Verlages war die Situation am Ende des Jahres 1988 in der polnischen Literaturlandschaft unübersichtlich. Die sich abzeichnende radikale Veränderung der Machtstrukturen hinterließ auch ihre Spuren in den staatlichen Verlagsprogrammen, die immer häufiger Werke einst verpönter Autoren in ihre Publikationslisten aufnahmen. War mit dieser Entwicklung eine etwa vierzig Jahre währende Periode des autoritär-dogmatischen Umgangs mit Literatur und Kunst endgültig zu Ende gegangen? Welchen Beitrag zur kulturellen Mündigkeit ihrer Leser hatten die Untergrundverlage dabei in den letzten zehn Jahren geleistet? Eine Erkenntnis aus den einschneidenden Erfahrungen dieser Jahre gilt es vorwegzunehmen: Den meisten Produzenten und Vermittlern war deutlich geworden, daß die Produktionsziffern des «zweiten Umlaufs» und die offene Kulturarbeit der Kirche (einschließlich der auf Umwegen nach Polen gelangten Bücher und Druck-Erzeugnisse der Emigrationsverlage) nicht ausgereicht hätten, um eine pluralistische Kulturlandschaft hervorzubringen. Dies war weniger der unermüdeten Tatkraft der Akteure zuzuschreiben, als vielmehr den ideologischen Selbstbeschränkungen der einzelnen Gruppierungen des «zweiten Umlaufes». Zu dieser Feststellung gelangte Leszek Nowak in einem Aufsatz der unabhängigen Literaturzeitschrift «Obecność». <sup>18</sup> Dort würdigte er einerseits die Publikationsleistungen der Autonomen, indem er darauf verwies, daß «dank der unabhängigen Ver-

lagsanstalten der polnischen Kultur die Arbeiten von Berdjaev, Dmowski, Havel, Kołakowski, Orwell, Popper u. a. zugänglich gemacht wurden und mit ihnen liberale, sozialistische und nationalistische Ideen». Eine solche Gedankenvielfalt habe jedoch noch keinen Pluralismus des Denkens ermöglicht, da das Publikationsspektrum der unabhängigen Verlage große Lücken aufweise, denn wie Nowak ausdrücklich anmerkt, «(deklamiert) jeder in der Untergrundgesellschaft ... die Freiheit des Wortes und den Pluralismus, aber sobald man zur Sache kommt, arbeitet jeder nach seinen ideologischen Prioritäten». <sup>19</sup> Ein großes Interesse an Pluralismus sei nicht in Sicht. Eher handelten die Intellektuellen nach dem Prinzip, wie ihre Ideen eine möglichst große Anzahl von Gedanken erreichen. Deshalb bestünde auch die Tendenz, daß die Autoren sich immer wieder in die Gunst der Verleger einschleichen, um ihre Werke so schnell wie möglich auf den Markt zu bringen.

So menschlich allzu menschlich diese Verhaltensstrategien von Intellektuellen auch sein mögen, für die Publikation und Rezeption von literarischen Texten gelten – jenseits der Regeln auf dem Jahrmarkt der Eitelkeiten – langfristig wirkende Mechanismen der ästhetischen Wertfindung. Vorausgesetzt, die polnischen Literaten sind in Zukunft nicht mehr geneigt, sich dem politischen und moralischen Erwartungsdruck von Verlegern und Lesern allzu schnell zu beugen. Einen solchen Vorwurf hatte Czesław Miłosz seinen Schriftstellerkollegen und -kolleginnen bereits Anfang der achtziger Jahre gemacht, als er ihnen zur Lösung der polnischen Krise universelle poetologische Modelle empfahl. <sup>20</sup> In der Zwischenzeit gibt es Anzeichen dafür, daß die literarischen Ratschläge des Emigranten

<sup>19</sup> Ebda.

<sup>20</sup> Vgl. dazu das Interview Czesław Miłosz mit A. Fiut «Noblista w oczach czytelników» (Der Nobelpreisträger in den Augen seiner Leser), in: Tygodnik powszechny (23. 9. 86), S. 1/2.

## BENZIGER

### Eine lebendige Kirche ist immer eine sich erneuernde Kirche.

Hans Küng

Die Hoffnung  
bewahren

Schriften  
zur Reform der Kirche

Schonungslos analysiert Hans Küng die gegenwärtige Lage der Kirche und zeigt notwendige Reformen auf, damit Kirche Hoffnungsträger der Menschheit werden kann.

In Sorge um den Glauben weist er auf die erschreckende Diskrepanz zwischen konziliaren Versprechungen und nachkonziliaren Erfüllungen hin. Entstanden ist ein mutiges und richtungweisendes Buch, das die Visionen einer partnerschaftlichen und universalen Kirche lebendig entfaltet.

Hans Küng  
Die Hoffnung bewahren  
Schriften zur Reform der Kirche  
232 Seiten, gebunden  
DM 29,80 / Fr. 28,80

Jetzt in Ihrer Buchhandlung!

<sup>17</sup> Z. Szczerski, 10-lecie kultury niezależnej w Polsce (p. II) (10. Jahrestag der unabhängigen Kultur in Polen), in: Kontakt 1986, Nr. 6, S. 32 ff.

<sup>18</sup> «Dwa tezy o «drugim obiegu»» (Zwei Thesen über den «zweiten Umlauf»), in: Obecność (Wrocław) 1984, Nr. 8, S. 104–107.

Milosz einen gewissen Widerhall in neueren Prosawerken gefunden haben. Der seit Mitte der achtziger Jahre sich abzeichnende Wandel der ästhetischen Wertorientierungen im ersten und zweiten Publikationskreislauf verdeutlicht dies. Die pathetischen, von nationalistischen Akzenten durchdrungenen Inhalte werden von sarkastischen und historisch-distanzierten Schreibweisen abgelöst.

Solche vorerst nur als Leseerfahrungen gewonnenen Einsichten finden ihre Bestätigung in den literaturkritischen und feuilletonistischen Aufsätzen der unabhängigen Kulturzeitschriften. Ein Beispiel für die sich anbahnende Veränderung ist ein poetologisches Modell, das die Elemente des Kampfes zugunsten derjenigen des Spieles austauscht. Es zeichnet sich ab in den Diskussionen um die Rezeption der unabhängigen tschechischen Literatur, die aufgrund zahlreicher Übersetzungen besonders aus den Werken von Havel, Vaculik, Klima, Kliment, Hrabal und Kundera in der Zwischenzeit nicht nur Polemik, sondern vor allem Begeisterung und Anerkennung gefunden hat. Ein wesentliches Streitobjekt war dabei der Roman Milan Kunderas «Die unerträgliche Leichtigkeit des Seins», in dem unterschiedliche Rezipete des Überlebens in der autoritär strukturierten tschechischen Gesellschaft der siebziger Jahre vorgeführt worden waren. Die stärkste gedankliche Anziehungskraft hinterließ dabei die gegenseitige Durchdringung der beiden oben erwähnten Modelle. Für *Leszek Szaruga* war diese poetologische Konzeption für die Autoren des «zweiten Umlaufs» insofern reizvoll, als man beide Modelle vergleichen könnte: Im ersten entfalte sich der politische Alltagskitsch, während das zweite sich davor «mit Hilfe des Gelächters, das Distanz schafft, verteidigt, nämlich durch die Bloßlegung der Quellen des Kitsches».<sup>21</sup>

### Kulturpolitische Zielsetzungen der neunziger Jahre

Das zweite poetologische Modell der Orientierung an einer benachbarten slavischen Literatur, die bis zum Herbst 1989 meist nur im Samisdat oder in tschechischen Emigrationsverlagen existent war, findet in polnischen Fachkreisen gegenwärtig eine wachsende Zustimmung. Für *Ryszard Grupański*, der sich Anfang 1987 in einem Aufsatz polemisch zu Szarugas Position geäußert hatte<sup>22</sup>, war das Modell jedoch in vieler Hinsicht zu eng konzipiert und außerdem einer (unbewußten) politischen Vor-Zensur unterworfen. In zwei grundsätzlichen Thesen entwickelte er eine Konzeption, in der eine Reihe von kulturpoli-

tischen Zielsetzungen der neunziger Jahre (Autonomie des gesellschaftlichen Handelns, freie Entfaltung der Persönlichkeit, parlamentarische Demokratie, Pluralismus des sozialpolitischen Handelns) ihre Anziehungskraft auf neue literarische Inhalte ausüben sollten. Solche Denkmodelle und Handlungsfelder hätten sich nach Grupański bereits in den Werken der im Exil lebenden oder emigrierten Schriftsteller *Stanislaw Vincenz*, *Jerzy Stempowski*, *Czesław Miłosz*, *Włodzimierz Odojewski* und *Jozef Mackiewicz* und der in Polen lebenden Autoren *Leopold Buczkowski*, *Andrzej Kuśniewicz* und *Tadeusz Konwicki* herausgebildet, wobei die dort vorgestellten Sujets sich auch auf die Zeit der ersten polnischen Republik von 1918 bis 1939 bezogen hätten. Doch die Rückbesinnung der unabhängigen Nationalliteratur auf die ersten Ansätze einer eigenen demokratischen Tradition und die Suche nach kulturhistorischen Wurzeln sollte mit einem Blick auf die benachbarten ostslavischen und baltischen Völker der Weißrussen, Ukrainer und Litauer verbunden sein, um über die (damals noch scharf bewachten) Grenzen hinweg Modelle des kulturellen und literarischen Zusammenlebens entwerfen zu können.

Parallel zu der grenzüberschreitenden Annäherung an ähnliche Problemfelder benachbarter Völker müsse die polnische Literatur nach Grupański auch die egozentrischen Neigungen einer «kleinen» Literatur aufgeben. Diese widerspiegeln sich vor allem in den pseudosozialen Themen ihrer Bücher, da deren Autoren – im Gegensatz zu den meisten tschechischen Kollegen – die Vielfalt der äußeren Realität nur als Wunschprojektion erfaßt hätten und in narzistischer Selbstbespiegelung ausschließlich ihre eigenen Konflikte darstellen würden. Die Inhalte der Polemik gegen eine Literatur, die über zehn Jahre nach ihrer Konstituierung in Untergrundverlagen sich nunmehr in dem Zustand einer Gattungskrise befindet<sup>23</sup>, verweisen auf einen weiteren Aspekt: die Rahmenbedingungen, unter denen die oppositionellen Schriftsteller existieren müssen. Es handelt sich dabei um die seit 1986/87 zu beobachtende größere Flexibilität der Staatsverlage gegenüber den Publikationsabsichten der jüngeren Autoren, die wachsende Durchlässigkeit der Grenzen des literarischen Diskurses zwischen «unten» und «oben» und die seit Ende 1988 sich abzeichnende Auflösung kleinerer Untergrundverlage. Die organisatorische und strukturelle Veränderung der polnischen Literaturszene wird jedoch keine gravierenden Folgen für jene Autoren haben, die sich nach 1981 geweigert hatten, in den Staatsverlagen zu publizieren. Ihr im Sommer 1989 gegründeter neuer Schriftstellerverband, dessen Zusammensetzung sich auf dem im Jahre 1983 gewaltsam aufgelösten alten Verband gründet, hat unter dem Vorsitz des alten und neuen Präses *Jan Józef Szczepański* bereits seine programmatischen Vorstellungen im Hinblick auf die Publikationslisten und die Wiederbelebung des in den achtziger Jahren gelähmten Literaturbetriebes entwickelt. Ob als Folge dieser nach demokratischen Spielregeln ablaufenden Normalisierung der polnischen Literaturszene auch die liebgewonnene Existenz einer zweidimensionalen Publikationsweise zu Ende geht, ist am Ende der 1980er Jahre noch nicht absehbar. Auf jeden Fall wird der Beitrag der unabhängigen Literatur zur Wiederbelebung einer pluralistischen Kulturlandschaft ein bleibender Gegenstand zukünftiger Literaturgeschichtsschreibung sein: als Zeugnis für den Widerstand gegen den monologischen Blödsinn einer entfiktionierten Literatur und als Mahnmal für die drohende Pauperisierung von Seele und Körper in Diktaturen jeglicher ideologischer Ausprägung. *Wolfgang Schlott, Bremen*

## ORIENTIERUNG erscheint 2× monatlich in Zürich

Katholische Blätter für weltanschauliche Information  
Herausgeber: Institut für Weltanschauliche Fragen

### Redaktion und Administration:

Scheideggstraße 45, CH-8002 Zürich, Telefon (01) 2010760  
Telefax (01) 2014983

Redaktion: Ludwig Kaufmann, Josef Bruhin, Nikolaus Klein,  
Josef Renggli, Pietro Selvatico, Karl Weber  
Ständige Mitarbeiter: Albert von Brunn (Zürich), Beatrice Eichmann-  
Leutenegger (Muri BE), Paul Konrad Kurz (Gauting), Heinz Robert  
Schlette (Bonn), Knut Walf (Nijmegen)

### Preise Jahresabonnement 1990:

Schweiz: Fr. 39.– / Studierende Fr. 28.–  
Deutschland: DM 49.– / Studierende DM 34.–  
Österreich: öS 370.– / Studierende öS 260.–  
Übrige Länder: sFr. 37.– zuzüglich Versandkosten  
Gönnerabonnement: Fr. 50.– / DM 60.– / öS 420.–  
(Der Mehrbetrag wird dem Fonds für Abonnements in Länder mit  
behindertem Zahlungsverkehr zugeführt.)  
Probenummer gratis

### Einzahlungen: ORIENTIERUNG Zürich

Schweiz: Postcheck Zürich 80-27842-8  
Deutschland: Postgiroamt Stuttgart (BLZ 600 100 70)  
Konto Nr. 6290-700  
Österreich: Zentralsparkasse und Kommerzbank Wien, Zweig-  
stelle Feldkirch (BLZ 20151),  
Konto Nr. 473009306, Stella Matutina, Feldkirch  
Italien: Postcheckkonto Rom Nr. 29290004

Abonnements-Bestellungen bitte an die Administration.  
Das Abonnement verlängert sich automatisch, wenn die Kündigung  
nicht 1 Monat vor Ablauf erfolgt ist.

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.

<sup>21</sup> Leszek Szaruga: Der tschechische Anschauungsunterricht, in: Aktuelle Ostinformationen (Vlotho) 1987, Nr. 3/4, S. 17.

<sup>22</sup> In: Kultura (Paris) 1987, Nr. 1/2, S. 133–149. Vgl. dazu L. Szarugas Aufsatz «Wielkie oczekiwanie» (Die große Erwartung), in: Kultura 1986, Nr. 5, S. 28–42.

<sup>23</sup> Ausnahmen bildeten die Gattungen Tagebuch, Memoiren und die Essayistik.